

Erscheint wöchentlich  
einmal: Freitags.

Anzeigen: Die 6 gepaltene  
Bogenspille 20 Pfennig  
Im Abonnement oder bei  
Wiederholung entsprechend  
billiger.

Schluss der Redaktion:  
Dienstag Mittag.

# Die Stimme

Abonnement  
vierteljährlich 1.— Mark  
bei jedem Postamt und in  
der Expedition.  
Eingetragen in der  
Post-Zeitungspreiskliste.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin NO. 55,  
Greifswalderstr. 221/222.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/222. — Fernruf: Amt Köpenick 4720.  
V. Hoffmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/222.

Nummer 7/8.

Ulm a. Donau, den 26. Februar 1915.

26. Jahrgang.

**Inhaltsverzeichnis:** Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1913. — Ein Ausblick. — Die deutsche Arbeiterversicherung und der Krieg. — Ein Triumph der Konsumentenorganisation. — Die preussische Einkommensteuer im Kriegsjahre. — Feldpostbriefe (Fortf.). — Ein Gebet. — Rundschau: Bessere Hinterbliebenenversorgung! — Der Nachweis des Todes von Kriegsteilnehmern. — Reichsmittel für den Bau von Kleinwohnungen. — Die Kartoffelnot in Groß-Berlin. — Der Segen der Arbeitgeber-Arbeiternachweise. — Liebt euch 1914 und 1915. — Aus den Ortsvereinen: Der Verband der Gewerksvereine im Riesengebirge. — Ehrentafel. — Literarisches. — Anzeigen.

## Die Tarifverträge im deutschen Reich am Ende des Jahres 1913.

Der Krieg hat auch in der Frage der Tarifgemeinschaft insofern eingegriffen, daß gleich nach der Mobilmachung sämtliche bestehende Lohnkämpfe eingestellt, und auch in dieser Hinsicht ein sogenannter Burgfrieden auf der ganzen Linie zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft geschlossen wurde. Das hat keineswegs ausgeschlossen, daß in diesem oder jenem Orte, oder Betriebe Lohnstreitigkeiten entstanden, die ein Eingreifen der Organisationen notwendig machten, doch waren dieselben nicht umfangreicher Natur, im großen ganzen ruhten die wirtschaftlichen Waffen. Man hatte beiderseits Verständnis genügend dafür, daß wo das Vaterland von so zahlreichen Feinden bedroht wird, alle Streitigkeiten innerhalb des Landes vermieden werden müssen. Das eine aber ist feststehend zu betrachten, daß der Krieg wohl einen augenblicklichen Stillstand, aber niemals eine Beseitigung des Tarifgedankens herbeiführen kann. Man kann vielmehr die berechtigten Hoffnungen hegen, daß nach dem Kriege ein großer Teil von Arbeitgebern, die von einem Vertragsverhältnis mit den Arbeiterorganisationen bisher nichts wissen wollten, viel eher dazu geneigt sein werden, da sie in dieser schweren Zeit den wahren Wert der Arbeiterorganisationen erkannt haben. Bei den Arbeitgebern ist der Widerwille gegen derartige Verträge schon längst beseitigt, selbst diejenigen, welche darin eine Untergrabung der Kampffreudigkeit gegenüber dem Unternehmer erblickten, sind eines anderen belehrt worden, von beiden Seiten hat man anerkannt, daß die Tarifverträge ein Gewinn für unser gesamtes Wirtschaftsleben bedeuten. Auch die Regierung hat den Wert derselben anerkannt. Das Kaiserliche Statistische Amt hat im Jahre 1913 zum ersten Male eine vollständige Verbandsstatistik der Arbeitstarifverträge für das gesamte deutsche Reich veröffentlicht, jetzt liegt die zweite Zusammenstellung vor, die, ähnlich der ersten ein interessantes Bild über den Umfang und Bedeutung derartiger Verträge bietet. Hervorgehoben wird zunächst, daß das Bild der für das Jahr 1913 bestehenden Tarifverträge dadurch etwas beeinträchtigt wird, daß im Baugewerbe eine große Anzahl von Verträgen nebst den von ihm erfaßten Betrieben und Personen fehlen. Zwar haben nach Ablauf der alten Verträge im Baugewerbe die zentral geführten Verhandlungen zu einer grundsätzlichen Erneuerung des vertraglichen Verhältnisses geführt, aber der auf Grund dieser zentralen Verhandlungen erforderliche Abschluß der örtlichen Tarifverträge hat sich erheblich verzögert. Dazu kam, daß diese örtlich abgeschlossenen Verträge noch der Genehmigung der Zentralinstanzen bedurften, was eine weitere Verzögerung hervorrief. So konnten in der vorliegenden Tarifstatistik für das Baugewerbe nur 1825 Tarifgemeinschaften mit 408 462 erfaßten Personen gegenüber 2466 Tarifgemeinschaften mit 596 273 erfaßten Personen im Jahre 1912 bearbeitet werden, obwohl auf Grund der Erneuerung des Tarifverhältnisses anzunehmen ist, daß im Baugewerbe der Kreis der tariflich gebundenen Personen im Jahre 1913 nicht geringer als im Vorjahr ist. Bei Beurteilung der Ergebnisse der Tarifverträge für das Baugewerbe und auch der Gesamtergebnisse am Ende des Jahres 1913 muß daher stets das Fehlen einer großen Zahl von tatsächlich in Kraft stehenden tariflichen Verabredungen in Betracht gezogen werden. Nimmt man an, daß im Baugewerbe 1913 die gleiche Zahl von Arbeitern tariflich gebunden ist, wie im Vorjahr, so sieht sich die aufsteigende Bewegung des Umfangs der Tarifverträge auch in diesem Jahre fort. Wichtig für die gesamte Arbeiterbewegung, namentlich für uns Gewerksvereine, da wir immer den Standpunkt vertreten haben, ist, daß bei der Statistik zum ersten Male auch die Frage untersucht worden ist, inwieweit die Tarifbewegung einen friedlichen Charakter trägt, und es konnte festgestellt werden, daß annähernd vier Fünftel aller Tarifgemeinschaften mit ungefähr dem gleichen Verhältnis der erfaßten Personen ausschließlich auf Grund friedlicher Verhandlungen zustande gekommen sind. Ein schlagender Beweis für die Anschauungen der deutschen Gewerksvereine, der geeignet ist, den

Scharmachern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Verbreitung der Tarifverträge in den einzelnen Gewerben, zeigt ein ähnliches Bild wie in der ersten Zusammenstellung. An der Spitze stehen in Bezug auf das verhältnismäßig starke Eindringen des Tarifvertragsgedankens wiederum die polygraphischen Gewerbe, sind sogar noch stärker als im Vorjahr gebunden, während auf der andern Seite der Bergbau überhaupt keine Tarifverträge aufweist. Abgesehen von einzelnen Gewerbegruppen, in denen die geringen absoluten Zahlen sichere Schlüsse nicht zulassen, zeigen gegenüber dem Vorjahr die Papierindustrie, das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und das Verkehrsgewerbe eine geringe verhältnismäßige Abnahme der tariflich gebundenen Personen, während die Industrie der Steine und Erden, die Holzindustrie, das Handelsgewerbe und das Gastwirtschaftsgewerbe eine mächtige, die Industrien der Metallverarbeitung und Maschinen die Lederindustrie und das Bekleidungs- und Textilgewerbe eine unbedeutende prozentuale Vermehrung aufweist. In der Textilindustrie sind die Zahlen ungefähr die gleichen wie im Vorjahre. Beachtenswert ist, daß nach der Bestandsstatistik wiederum wie im Vorjahre die Beobachtung gemacht worden ist, daß in Deutschland die Tarifverträge in Betrieben jeder Größe, kleine, mittlere und Großbetriebe eingedrungen sind. Im Berichtsjahr umfaßten die Tarifgemeinschaften, bei denen ein Betrieb durchschnittlich mehr als 100 Arbeiter beschäftigt, 15,8 v. H. sämtlicher in Deutschland tariflich gebundenen Personen (gegenüber 14,2 v. H. im Vorjahre).

Ebenso wie Ende 1912 bildet auch in den Tarifen Ende 1913 eine tägliche Arbeitszeit (im Sommer) von mehr als 9 bis einschließlich 10 Stunden bzw. eine wöchentliche Arbeitszeit (im Sommer) von 54 bis 60 Stunden die Regel.

Die Tarifgemeinschaften mit einem niedrigsten Stundenlohn für gelernte männliche Arbeiter von mehr als 45 Pfg. umfassen die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter. Im Gegensatz zum Vorjahre findet sich 1913 ein wenig mehr als die Hälfte aller Arbeiter in Tarifgemeinschaften, wo auch für ungelernete männliche Arbeiter der niedrigste Stundenlohn mehr als 45 Pfg. beträgt. Was den niedrigsten Wochenlohn männlicher gelernter Arbeiter anlangt, so erscheint ein solcher von mehr als 25 bis 30 Mk. in den Tarifgemeinschaften mit der Mehrzahl aller Arbeiter. Andererseits findet sich ein Wochenlohn von 25 Mk. und darunter für ungelernete männliche Arbeiter in Tarifen mit der Mehrheit der Arbeiter. Ueber den Bestand und der Bewegung der Tarifverträge vom Jahre 1913 wird berichtet, daß am 1. Januar des Berichtsjahres noch 12 446 Tarifverträge mit 208 296 Betrieben und 1 983 424 beschäftigten Personen abgeschlossen waren. In Kraft standen noch am 31. Dezember 1913 7707 Tarifverträge, welche für 97 046 Betriebe und 928 461 Personen abgeschlossen waren. Daraus ergibt sich, daß von den alten Tarifverträgen im Laufe des Jahres 4739 Verträge für 111 250 Betriebe mit 1 054 963 Personen außer Kraft getreten sind, während im Laufe des Jahres 1912 nur 2259 Tarifverträge für 19 032 Betriebe mit 186 563 Personen außer Kraft getreten waren. Diese verhältnismäßig große Zahl der außer Kraft getretenen Tarifverträge nebst den von ihnen erfaßten Betrieben und Personen ist in erster Linie auf den Ablauf der tariflichen Vereinbarungen im Baugewerbe zurückzuführen, wo im Laufe des Jahres 1913 allein 2393 Verträge für 70 769 Betriebe mit 677 151 Personen in Wegfall gekommen sind. Aber auch in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, der Metallindustrie, der Holzindustrie und im Verkehrsgewerbe sind umfangreiche Tarifverträge im Jahre 1913 abgelaufen. Für das Holzgewerbe liefen bekanntlich die mit dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe abgeschlossenen Verträge am 15. Febr. 1913 ab, die über 50 000 Holzarbeiter umfaßten, und durch längere Verhandlungen wieder erneuert wurden. Auch im Bau- und Malergewerbe waren in dem Jahre umfangreiche Tarifbewegungen. Ohne das Baugewerbe bestanden am 1. Januar 1913 9410 Tarifverträge für 131 237 Betriebe und 1 267 841 Personen, von denen am 31. Dezbr. 1913 noch 7064 Tarifverträge mit 90 756 Betrieben und 890 029 Personen bestanden, während unterdes 2346 Verträge mit 40 481 Betrieben und 377 812 Personen außer Kraft getreten sind.

Gegenüber diesem Abgang war der Zuwachs im Laufe des Jahres größer; 3368 Tarifverträge für 50 114 Betriebe mit 467 249 Personen sind im Laufe des Jahres in Kraft getreten, sodaß im ganzen ohne das Baugewerbe am 31. Dez. 1913 10 407 Tarifverträge für 140 845 Betriebe und 1 356 331 Personen in Kraft standen. Ohne das Baugewerbe gingen in das neue Jahr 1914 über 10 332 Tarifverträge mit 140 185 Betrieben und 1 342 520 Personen, sodaß also mit dem Kalenderjahr 1913 75 Verträge mit 660 Betrieben und 13 811 Personen abliefen. Rechnet man die für das Baugewerbe nur teilweise vorhandenen Zahlen hinzu, so liefen

mit Jahresabschluß 77 Tarifverträge mit 665 Betrieben und 13 852 Personen ab, sodaß für das neue Jahr 1914 übergehend gezählt werden 12 292 Tarifverträge für 193 095 Betriebe und 1 831 602 Personen.

Von allgemeiner Wichtigkeit ist in dem Bericht die Statistik über die tariflich festgesetzten Arbeitsnachweise. Von insgesamt 10 885 Tarifgemeinschaften am 31. Dez. 1913, die für 143 088 Betriebe und 1 398 597 Personen geschlossen waren, haben 2085 mit 37 244 Betrieben und 252 791 Personen die Benutzung eines Arbeitsnachweises bestimmter Art vorgeschrieben. Die größte Anzahl dieser letzteren Tarifgemeinschaften, 1826, die für 10 507 Betriebe und 68 605 Personen abgeschlossen waren, hatten einen Arbeitnehmernachweis vorgeschrieben; ein paritätischer Nachweis war in einer geringen Zahl von Tarifgemeinschaften vorgesehen, welche aber mehr beschäftigte Personen umfaßten: in 135 Tarifgemeinschaften für 22 010 Betriebe mit 156 930 Personen. In einer nicht unbedeutenden Anzahl von Fällen war ein kommunaler Nachweis vereinbart: in 105 Tarifgemeinschaften für 3230 Betriebe und für 18 913 Personen. Seltener war ein Arbeitgebernachweis: 11 Tarifgemeinschaften für 396 Betriebe mit 6199 Personen, oder ein Innungsnachweis: in 7 Tarifgemeinschaften für 944 Betriebe mit 1928 Personen. Neben diesen Fällen, in denen Arbeitsnachweise endgültig vorgeschrieben waren, ist in manchen Tarifverträgen vereinbart, daß paritätische Arbeitsnachweise angestrebt werden sollen, so bei 221 Tarifgemeinschaften im Baugewerbe, bei je einer Tarifgemeinschaft im Bäcker- und im Bekleidungs- und im Metallgewerbe. Im ganzen soll ein paritätischer Arbeitsnachweis bei 228 Tarifgemeinschaften (2,0 v. H. aller) für 8535 Betriebe (6,0 v. H.) mit 27 757 Personen (2,0 v. H.) angestrebt werden. Schlichtungs- und Einigungsorgane sind vorgesehen in 5775 Tarifgemeinschaften für 118 666 Betriebe mit 1 132 355 Personen, von denen 3659 Firmenverträge mit 16 800 Betrieben und 234 846 Personen, 1021 Ortstarife für 32 685 Betriebe und 207 279 Personen, 1086 Bezirkstarife für 59 906 Betriebe und 613 125 Personen und 9 Reichstarife für 9275 Betriebe und 77 106 Personen waren.

So bietet die ganze Statistik noch eine Reihe von wertvollem Material, das man naturgemäß nicht alles zum Ausdruck bringen kann, leider muß auch wie bei der ersten Statistik festgestellt werden, daß die Tarifgemeinschaft in den Großbetrieben nur wenig Eingang gefunden hat. Mit aller Deutlichkeit geht aber daraus hervor, daß die Tarifgemeinschaften wesentlich dazu beitragen, den wirtschaftlichen Frieden zu erhalten, und muß es daher Aufgabe der Arbeiterorganisationen sein, immer mehr den Ausbau derselben zu fördern.

## Ein Ausblick.

Am 4. Februar waren 25 Jahre verflossen, seit Kaiser Wilhelm II. die berühmten Erlasse veröffentlichte, die zum Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung des Deutschen Reiches den wesentlichsten Anstoß gegeben haben. In dem einen wurde in Aussicht gestellt, „die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.“ Es sollten ferner zur Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern Einrichtungen geschaffen werden, in denen die Arbeiter durch ihre Vertreter „an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt, und zur Wahrnehmung ihrer Interessen befähigt werden.“ Starke Widerstände, die sich offen und verdeckt der Verwirklichung der wohlgemeinten kaiserlichen Absichten entgegenstellten, haben bewirkt, daß nur ein Teil jenerer Ankündigungen durchgeführt worden ist. Aber zugegeben werden muß, daß seit der Veröffentlichung der Erlasse die sozialpolitische Entwicklung nicht stillgestanden hat, mag sie uns auch oft nicht schnell genug vor sich gegangen sein, mögen wir auch noch so viel an der sozialen Gesetzgebung auszuweichen haben. Sie hat zahlreiche Mängel, und Lücken, aber das muß anerkannt werden: kein anderes Land hat, was Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz im ganzen betrachtet anbetrifft, ähnliches aufzuweisen. Das Deutsche Reich marschiert auch auf diesem Gebiete der Welt voran.

In der „Soz. Praxis“ verleiht Prof. Franke in einer Jubiläumsbetrachtung diesen Gedanken bereiten Ausdruck. Der bekannte Sozialpolitiker spricht dabei auch den Wunsch aus, daß die Stimmung, die jetzt im deutschen Volke herrscht, auch nach dem Kriege erhalten bleiben möge. Parteikämpfe und wirtschaftliche Gegenstände wird es auch später geben; sie müssen aber in versöhnlicher Weise zum Austrag gebracht werden. Insbesondere aber muß ein Ausbau und Neubau im Innern erfolgen. In Einzelheiten will sich Prof. Franke nicht vertieren.



Aber das uns wissen wir: ohne Fortführung und Erweiterung der Sozialreform kann dieser Bau niemals gelingen. Wir brauchen sie, um die Wunden zu heilen, neue Kräfte zu sammeln, den inneren Frieden zu festigen. Wir brauchen sie, um der Staatsoberhauptlichkeit und um der Gerechtigkeit willen. Gerade weil wir alle Kräfte und Muskeln anspannen müssen, um die Früchte des Sieges zu wahren u. zu mehren, gerade weil wir bis an die Zähne bewaffnet bleiben und doch zugleich alle Aufgaben wirtschaftlicher Arbeit und geistiger Kultur erfüllen müssen, bedürfen wir dringend der Sozialreform. Sie wird uns helfen, die verletzten und die erkrankten Krieger als selbständige, nützliche Glieder im Volksganzen zu erhalten; die Sozialversicherung und die mit ihr verbundene vorbeugende Fürsorge, nicht minder auch eine umfassende Wohnungspolitik müssen uns ebenso wie der eindringliche Arbeiterschutz dazu bringen, in Mann und Frau die Volksgesundheit zu stärken, in Kindern und jungen Leuten ein kräftiges Geschlecht heranzuziehen, das allen noch so hoch gespannten Anforderungen gewachsen ist.

Und niemals kann die in den Kriegsnöten gewonnene Einheit des Volkes verloren gehen. Die „gesetzliche Gleichberechtigung, auf die sie Anspruch haben“, wie es in den Februarerlassen heißt, haben die Arbeiter in schweren Zeiten erlangt, und sie haben sich ihrer würdig gezeigt. Wie sollte man sie ihnen wieder in guten Tagen nehmen können? Hier darf nicht von Lohn auf der einen, von Strafe auf der anderen Seite die Rede sein. Es gilt einfach, die natürlichen Folgerungen aus den Tatsachen zu ziehen. Der neue Geist des Vertrauens läßt sich nicht in die alten brüchigen Formen fassen. Es erscheint uns unmissbar, daß die Tausende von Arbeitern, die aus dem Felde mit dem Eisernen Kreuz geschmückt wieder in die Werkstatt und Fabrik heimkehren, im preussischen Wahlrecht untertan sein sollten dem bloßen Besitz von Geld und Gut. Wie kann man künftig Ausnahmebestimmungen, wie sie im Wortlaut und Sachinhalt des Vereinsgesetzes, der Koalitionsparaphen der Gewerbeordnung, im Gewinnderecht, in den unter dem Decknamen des Arbeitswilligenschutzes sich bergenden Zwangsbestimmungen liegen, aufrecht erhalten gegen Millionen von Arbeitern, die in Reich und Glied mit allen anderen Volksgenossen das gleiche Recht und die gleiche Pflicht des Reichsschutzes genießen? Wäre es zu ertragen, daß die Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten, die sich nicht minder als die der Arbeitgeber als feste Stützen der wirtschaftlichen Ordnung und Träger der Einigung erweisen, daß die Gewerkschaften, deren Hilfe die Behörden erbeten und erprobt haben, niemals wieder dieser Anerkennung ihres Rechtes verlustig gingen? Und wird man sich nicht freudig dazu bereit erklären, jene Einrichtungen zur Pflege des inneren Friedens, die vor 25 Jahren der Kaiser verordnet hat, zu schaffen, die in Arbeitskammern, in Tarif- und Arbeitsgemeinschaften, im Ausbau des Einigungswesens, ja in Lohn- und Preisfestsetzungen den friedlich-schiedlichen Austrag der natürlichen Gegensätze verbürgen? Das alles dünkt uns, sind einfache Forderungen der Gerechtigkeit, denen sich Reich und Staat nicht entziehen können.

Diese Forderungen der Gerechtigkeit sollen sich Reich und Staat nicht erst aus der geschlossenen Faust reißen lassen, sondern sie sollen sie willigen Herzens und aus freien Stücken erfüllen. Und in der Tat: Das, was das deutsche Volk und in ihm die deutsche Arbeiterschaft in diesem Kriege geleistet und freudig geopfert hat, das ist geschehen ohne Rücksicht auf einen später abzutragenden Dank. Trotzdem darf verlangt werden, daß man ein solches Volk nach seinem Verdienst behandelt. Obige Sätze von Prof. Franke geben in dieser Hinsicht gute Fingerzeige. (Gewertverein.)

### Die deutsche Arbeiterversicherung und der Krieg.

Der große Krieg, den das von Feinden umringte Deutsche Reich gegenwärtig zur Wahrung seiner Ehre, zur Erhaltung seiner Machtstellung und nicht zuletzt zur Verteidigung seines in langer, ehrlicher Friedensarbeit errungenen Wohlstandes zu führen gezwungen ist, mußte tiefgreifende Umwälzungen in unserem gesamten Wirtschaftsleben nach sich ziehen. Gewaltige Leiden sind in den Betrieben der Industrie und Landwirtschaft sowie in den vielgliedrigen Verwaltungskörper von Staat- und Gemeinden gerissen, da Millionen wehrfähige Männer ihre Friedensarbeit niedergelegt, um unter den Fahnen die Feinde des Reiches niederzurufen.

Die Tatsache, daß die übergroße Mehrzahl unserer Kämpfer aus den breiten Massen der wirtschaftlich Schwachen besteht, regt wohl zu der Untersuchung an, wo die Quellen unserer auch vom Ausland bewunderten nationalen Volkskraft liegen?

Eine dieser Quellen liegt sicher in der wohlthätigen Wirkung unserer umfassenden Sozialgesetzgebung, in der staatlichen Fürsorge für die breiten Massen des Volkes. Denn die Wehrkraft des Volkes beruht wesentlich auf seiner wirtschaftlichen, sittlichen und sozialen Wohlfahrt. Die Ziele der sozialen Gesetzgebung liegen in der Gefunderhaltung unseres Volkes und in dem Schutze seiner Arbeitsfähigkeit. Zu diesem Zwecke hat die gesamte deutsche Arbeiterversicherung seit ihrem Bestehen bis zum Jahre 1912 ca. 11 Milliarden Mark aufgewendet. Der tägliche Aufwand der deutschen Arbeiterversicherung beträgt mithin ca. 21 Millionen Mark. Diese gewaltigen Summen reden vernehmlich, wie umfassend die deutsche Arbeiterversicherung zum Segen unseres Volkes gewirkt hat.

Eine schwere und unerwartete Belastungsprobe hat nun der Krieg auch über die deutsche Arbeiterversicherung gebracht und die Krise ist um so bedeutungsvoller, als die Arbeiterversicherung sich ja bekanntlich in einer Uebergangszeit befindet und gerade begonnen hat, sich in die neue Reichsversicherungsordnung hineinzuleben. Wie wird sie die harte Probe bestehen, auf die der Weltkrieg ihren Bestand und ihre Leistungsfähigkeit stellt? Ihr Lebensnerv ist ja die friedliche Arbeit in einer blühenden Industrie, in regem Handel und Gewerbe und fruchtbarer Landwirtschaft. Nur, wenn diese gedeihen, sind Leistung und Gegenleistung der Versicherten und Versicherungs-träger gesichert. Es ist deshalb wohl angebracht, den Beziehungen zwischen Arbeiterversicherung und Krieg in einigen Punkten nachzugehen.

In dem paragraphenreichen Werke der Reichsversicherungsordnung findet sich das Wort „Krieg“ nur an einer Stelle, nämlich in § 1393, wo von der Anrechnung von Kriegzeiten als Beitragswochen in der Invalidenversicherung die Rede ist. Als ein Zeichen unseres Kraftgefühls auch in wirtschaftlicher Beziehung muß es daher gelten, daß nirgends in den Tagen der Mobilmachung der Plan aufgetaucht ist, die gesetzlichen Leistungen der Arbeiterversicherung im Hinblick auf ihre Kostspieligkeit und mit Rücksicht auf die außerordentliche Anspannung aller Geldkräfte für den Kriegsbedarf zu verringern oder gar einzustellen.

Auch die Einrichtungen der deutschen Arbeiterversicherung sollen, so wurde amtlich erklärt, in dem uns aufgewungenen Kriege ihre Feuerprobe bestehen. Von kleinen Einschränkungen in der Fürsorge der Krankenkassen abgesehen, blieben daher die Ansprüche der Versicherten an die gesamte Arbeiterversicherung auch in Kriegszeit unverändert weiter bestehen. Für die Daheimgebliebenen änderte der Krieg die versicherungsrechtlichen Verhältnisse grundtätig nicht. Die Versicherungspflicht ist für dieselben in der Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, Unfall-, sowie Angestelltenversicherung während des Krieges an die gleichen Voraussetzungen gebunden, wie im Frieden.

Groß und schwer ist auch die Zeit für die Versicherungs-träger. Wie einschneidend der Krieg auf diese wirkt, ergibt sich aus den nun vorliegenden Rechnungsnachweisen der acht bayerischen Landesergebnisse im dritten Quartal 1914. Diese Rechnungsergebnisse im dritten Quartal 1914 stehen bereits für August und September unter dem Einflusse des Krieges. Und wie nicht anders zu erwarten war, zeigt sich dieser Einfluß in erster Linie in der sehr erheblichen Abnahme der Beitragseinnahmen, was allein schon nur für zwei Monate gegenüber den gleichen Monaten im Vorjahre rund 900 000 Mark ergibt. Die Vermögenslage der bayerischen Landesversicherungsanstalten ist jedoch so gut fundiert, daß Bedenken wegen einer erheblichen Schwächung ihrer Leistungsfähigkeit nicht ge- hegt zu werden brauchen.

Eine Erschütterung ihrer Leistungsfähigkeit im weitesten Umfange befürchtete man insbesondere bei den Krankenkassen. Aber auch hier hat sich gezeigt, daß die großen Ereignisse erlösend wirken. Die Krankenziffern haben sich im allgemeinen nicht erhöht, sondern vielfach sogar bedeutend ermäßigt.

Nach einer Statistik, entnommen der Zeitschrift des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen, der Ortskrankenkasse z. B. das Prozentverhältnis der Kranken bei der Ortskrankenkasse:

Berlin	von 6,63% am 1. Juli auf 2,93% am 1. Okt. v. Js.
Leipzig	„ 3,39 „ „ 1. „ „ 2,99 „ „ 1. „ „ „
München	„ 3,20 „ „ 1. „ „ 2,59 „ „ 1. „ „ „
Dresden	„ 2,46 „ „ 1. „ „ 1,34 „ „ 1. „ „ „
Frankfurt	„ 3,10 „ „ 1. „ „ 2,42 „ „ 1. „ „ „
Nürnberg	„ 4,10 „ „ 1. „ „ 2,7 „ „ 1. „ „ „
Mannheim	„ 4,09 „ „ 1. „ „ 2,77 „ „ 1. „ „ „
Chemnitz	„ 3,42 „ „ 1. „ „ 2,23 „ „ 1. „ „ „
usw.	

Die Tatkraft unserer Soldaten im Felde wirkt zurück auf die Heimgeliebten. Unsere Bevölkerung hat keine Zeit, jetzt krank zu sein.

Ein neues Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterversicherung ist es aber, wie sie auch ihre Einrichtungen und Mittel mobil gemacht hat, um die Folgen des Krieges und die durch ihn geschaffene Notlage zu lindern. Mit Zustimmung des Reichsversicherungsamts haben die Versicherungs-träger ihre Krankenhäuser, Genesungsheime und Lunghausstätten für verwundete und erkrankte Krieger zur Verfügung gestellt und durch Ueberweisung aller verfügbaren Bar-mittel an die Reichsbank unsere ausgezeichnete Finanzrüstung gestärkt. Bis zu 5 vom Hundert ihres Vermögens, das sind über 100 Millionen Mark, haben die Versicherungsanstalten für die Aufgaben des Krieges bereitgestellt. Davon haben sie bis jetzt schon rund 1 1/2 Millionen dem Roten Kreuz, und rund 1 Million Mark den Sammelstellen zur Beschaffung warmer Unterkleider für die Truppen überwiesen.

Durch Lombardierung von Wertpapieren wollen die Versicherungsanstalten ferner bis zu 200 Millionen Mark flüssig machen, um sie als Darlehen zu erleichterten Bedingungen an bedrängte Gemeinden, Kreise usw. auszuleihen, auch zur Bekämpfung gesundheitlicher Schäden infolge von Arbeitslosigkeit. Weiter haben sich die Versicherungsanstalten an der Zeichnung der ersten Kriegsanleihe mit über 150 Millionen Mark und die Berufsgenossenschaften mit rund 40 Millionen Mark beteiligt.

Allein die acht bayerischen Landesversicherungsanstalten haben bis jetzt den Betrag von ca. 17 Millionen Mark für Kriegsfürsorge zur Verfügung gestellt. Davon treffen rund 9 Millionen auf Kriegsanleihen und die restlichen 8 Millionen verteilen sich auf Gewährung von gering verzinslichen Darlehen an notleidende Gemeinden zum Zwecke der Arbeitslosen-fürsorge und der sonstigen Einrichtungen der Kriegsfürsorge.

Neben diesen Maßnahmen sei auf die Reichsfürsorge für Wöchnerinnen verwiesen, welche Unterstützung auf Grund der Bundesratsverordnung seit 3. Dezember v. Js. gewährt wird, deren Kosten für das Reich auf zwei Millionen Mark pro Monat berechnet werden, aber auch den Krankenkassen außerordentliche Opfer auferlegen. Die deutsche Arbeiterversicherung gewährt aber auch an verwundete Krieger oder den Angehörigen gefallener Soldaten besondere Rechte, über welche letztere ein besonderer Artikel in den Nummern 44 bis 47 der Etage vom vorigen Jahrgang berichtet.

Alle diese Maßnahmen sind unter besonderer Abwägung der Sachlage über den Pflichtentwurf der Versicherungs-träger hinaus getroffen. Sie beweisen den gesunden und lebenskräftigen Kern der staatlichen Arbeiterversicherung und die machtvolle Entwicklung dieser auf den sittlichen Grundlagen des Volkslebens aufgebauten Wohlfahrtspflege Deutschlands. Auch sie legen Zeugnis ab von dem Opferfinn und dem sicheren Vertrauen auf die eigene Kraft, die unser Volk stark mit Sieges-zuversicht erfüllen.

So hat denn die Arbeiterschaft sich nicht nur bewährt, insofern sie eine widerstandsfähige Bevölkerung für den Krieg hat schaffen helfen, sie hat nicht nur ihre bisherigen gesetzlichen Aufgaben unter den erschwerten Umständen weiter erfüllen können, sondern sie hat auch neue Pflichten zu übernehmen vermocht und damit weiter zu einem glücklichen Ausgange des Krieges beitragen können.

Jetzt aber, wo die Feinde von allen Seiten auf uns losstürmen, ringen wir nicht bloß um unsere Existenz als Kultur-staat, sondern auch um den Bestand unseres sozialen Gebäudes. Denn darüber müssen wir uns klar werden: In dem Staate, der in diesem furchtbaren Ringen unterliegt, ist es für lange Zeit mit aller Sozialpolitik vorbei. Nicht allein, daß jede Fort-führung der Sozialpolitik auf Jahrzehnte hinaus unmöglich gemacht wäre, auch das schon bestehende soziale Gefüge würde trachend zusammenstürzen.

Hans Schickler, Nürnberg.

### Ein Triumph der Konsumentenorganisation.

Der Bundesrat hat nunmehr die Beschlagnahme aller Brotgetreide- und Mehlvorräte und ihre Ueberführung in Reichsbesitz angeordnet. Das bedeutet einen außerordentlichen Erfolg der Bemühungen des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen, dem sich, wie die Leser wissen, auch unsere Organisation angeschlossen hat. In Engingen, Presserörtern und einer glänzenden Massensammlung im Zirkus Busch zu Berlin war auf die öffentliche Meinung und besonders auch auf die Reichsleitung zur Errichtung eines staatlichen Getreidemonopols eingewirkt worden. Das war notwendig, weil

### Seldpöbriete.

#### Im träumerischen Dorfe.

Und nun auch der Besatzung der Uebergänge über die Älpe... (Text continues with a story about a village and a soldier's experience).

... sind sie, wie sie mir erzählen, von ihrer Arme abgeprengt und irren durc... (Text continues with a story about soldiers and a village).

... Vor anderer Seite wurde mir erzählt, daß englische Soldaten... (Text continues with a story about English soldiers and a village).

Immerhin, wir schlafen noch ruhig, reinigen am Morgen noch die Gewehre... (Text continues with a story about soldiers and a village).

Auch für uns ist ein Dösch geschlachtet und im Kessel dampft das Wecht für heute Mittag... (Text continues with a story about soldiers and a village).



die Gefahr einer Erhöhung unserer Höchstpreise zum Zweck größerer Sparsamkeit nahe lag. Denn es waren für diese unsozialen Maßnahmen einflussreiche Kräfte am Werk. Um so höher kann daher der Sieg der Konsumenten angesehen werden. Gleichzeitig bedeutet die Bundesratsverordnung aber auch einen Erfolg des Organisationsgedankens überhaupt. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Entscheidung über die wichtige Frage der Brotgetreideversorgung des deutschen Volkes nicht so günstig für die Verbraucher gefällt worden wäre, wie es jetzt geschehen ist, wenn nur einzelne Verbände sich in der Richtung eines so tiefgehenden Eingriffes in die Privatwirtschaft bemüht hätten. Die reifliche Wahrung der Konsumenteninteressen wurde erst möglich durch die festgefügte Organisation der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Konsum- und Frauenvereine, sowie der gemeinnützigen sozialpolitischen Körperlichkeiten im Rahmen des Kriegsausschusses.

Bei dem erfreulichen Erfolg der deutschen Verbraucher darf es nun aber nicht sein Bewenden haben. Die Bundesratsverordnung bedeutet nur den ersten Schritt zur Sicherstellung unserer Broternährung. Alle weiteren Maßnahmen, insbesondere die der Verteilung der Brotgetreidevorräte, sind den Kommunalverbänden, also Städten und Kreisen übertragen worden. Damit diese Verwaltungsorgane der außerordentlich schwierigen Situation leichter gewachsen sind, hat der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen zunächst allen deutschen Gemeinden von über 10 000 Einwohnern beachtenswerte Vorschläge unterbreitet. Er empfiehlt zunächst im Interesse einer gerechten Verteilung an Stelle des bisherigen freien Verkehrs mit Brot und Mehl die Anwendung eines Rationensystems. Dazu ist nötig die Zugrundelegung von Brotmengen. Alle Erwachsenen und Kinder von mehr als 10 Jahren sind eine ganze Einheit, Kinder von 1—10 Jahren eine halbe Einheit. Jeder Haushalt soll entsprechend der Zahl seiner Einheiten Brotscheine vom Hauswirt oder Verwalter erhalten. Eine Familie, bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern in erwähntem Alter würde z. B. 3 1/2-Einheiten darstellen, also 3 halbe Brotscheine bekommen. Es gibt ganze und halbe Brotscheine. Sie bestehen aus je einem Stammschein und 4 (bei ganzen) oder 2 (bei halben) Teilscheinen. Die Gültigkeitsdauer beträgt 14 Tage. Nach Ablauf dieser Frist sind die Stammscheine gegen neue (anders farbige) Brotscheine entweder wiederum beim Hauswirt oder aber bei allen sonstigen kenntlich gemachten Stellen wie Berufsorganisationen, Firmen u. umzutauschen. Jeder Teilschein berechtigt zum Kauf eines halben Brotes oder einer festgelegten Mehlmenge. Die Einführung von Einheitspreisen neben Einheitsbrot und Einheitsmehl ist den Gemeinden in der Eingabe empfohlen. Nicht benutzte Teilscheine werden von den Behörden gegen einen kleinen Betrag aufgekauft. Die ganze Organisation ermöglicht eine ebenso einfache wie sichere und fast kostenlose Durchführung der Brotverteilung. Dazu ist allerdings notwendig, daß alle im Dienste der Verbraucher stehenden Organisationen sich reiflos zur Unterstützung ihrer Gemeindevverwaltung bereit finden lassen. Insbesondere haben die dem Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen angeschlossenen Verbände jetzt, nachdem die Regierung gerade ihre Forderung entgegen der anderer Kreise erfüllt hat, die moralische Verpflichtung, für eine lückenlose Durchführung der Bundesratsbestimmungen mit allen Kräften zu sorgen. Es darf daher erwartet werden, daß auch die Vertrauenspersonen unseres Verbandes auf dem Posten sind, wenn die Verbandsleitung gemeinsam mit den Stadtverwaltungen ihrer bedarf.

## Die preussische Einkommensteuer im Kriegsjahre.

Der Finanzminister hat dem preussischen Abgeordnetenhaus eine Uebersicht über die Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1914 und zur Ergänzungssteuer für 1914/16 zugehen lassen, die einen Einblick gewährt in die wirtschaftliche Stärke, mit der Deutschland in den Krieg von 1914/15 gegangen ist.

Bei einer Bevölkerungszahl von 41,228 Millionen betrug die Zahl der physischen Jenziten 7 684, die der nichtphysischen 12,552 Personen. Der Jahresbetrag der zu erhebenden Steuer war 378,473 und 64,318; zusammen also 442,791 Millionen Mark. Das ergibt gegen das Vorjahr ein Mehr von über 37 Millionen oder 9,13 Prozent. Wenn man bedenkt, daß die wirtschaftliche Entwicklung in vielen Gewerben nicht in dem

selben Tempo fortgeschritten ist wie in früheren Jahren, so ist das Ergebnis recht erfreulich.

Von diesem Gesamtertrage brachten die Städte bei 4,867 Millionen Jenziten 331,473 Millionen Mark, und das Land bei 2,816 Millionen Jenziten 111,317 Millionen Mark auf. Die in diesen Summen zum Ausdruck kommende finanzielle Kraft ist auf dem Lande stärker gestiegen als in den Städten. Denn während in den Städten die Steigerung gegen das Jahr 1913 = 8,16 Prozent betrug, belief sie sich in den Landgemeinden bis zu 2000 Einwohnern auf 9,49, in den größeren Landgemeinden sogar auf 14,99 Prozent.

Geht man die einzelnen Regierungsbezirke durch, so zeigt es sich, daß der Bezirk Allenstein mit 877 409 Mark die niedrigsten Erträge aufbrachte. Den Höchstbetrag lieferte der Bezirk Potsdam. Im Jahre 1913 stand er mit Berlin fast gleich, beide brachten je 54 1/2 Millionen Mark Einkommensteuer auf. Jetzt beträgt das Ergebnis für Potsdam aber 58,6 Millionen, das für Berlin 56,276 Millionen Mark. Auch der Bezirk Düsseldorf ist jetzt Berlin sehr nahe gerückt mit 55,468 Millionen Mark. Dann folgen in weitem Abstände Arnberg mit 28 1/4 und Wiesbaden mit 27 1/4 Millionen Mark.

Die Steuerkraft der einzelnen Bezirke und Gemeinden zeigt sich am deutlichsten in der Steuersumme, die durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung entrichtet wird. Sie betrug im ganzen Staat (wenn nur der Ertrag der physischen Jenziten berücksichtigt wird) 8,27 Mark. Unter den Regierungsbezirken behauptete hier (von Berlin abgesehen) wieder Potsdam den ersten Platz mit 16,56 Mark, Wiesbaden den zweiten mit 16,36 Mark und wieder in weitem Abstände Köln mit 12,18 Mark. Der niedrigste Satz fand sich auch hier im Bezirk Allenstein mit 2,31 Mark.

Unter den preussischen Großstädten stand Berlin-Wilmersdorf an erster Stelle. Denn hier erreichte der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Einkommensteuersatz den hohen Betrag von 43,58 Mark. Dann folgt Charlottenburg mit 39,80 Mark. In Schöneberg steht er auf 28,96, in Berlin auf 17,01, in Neukölln sogar auf 9,61 Mark und in Lichtenberg auf 8,74 Mark. Am ungünstigsten unter den Großstädten steht Gelsenkirchen mit nur 7,47 Mark.

Die Ergänzungssteuerveranlagung ergab für 1914 den Betrag von 70,244 Millionen Mark einschließlich der Zuschläge. Hier macht sich bei Berlin der seit Jahren andauernde Fortzug steuerkräftiger Jenziten besonders bemerkbar. Denn der Ertrag belief sich hier auf knapp 5 Millionen Mark, was einem Rückgang gegen 1913 um 312 000 Mark oder rund 6 Prozent entspricht. Im Bezirk Potsdam dagegen stieg der Ertrag um 16,46 Prozent auf 9,288 Millionen Mark. Auch der Bezirk Düsseldorf rangiert mit 6,446 Millionen Mark vor Berlin. Legt man auch hier die Bevölkerungszahl als Maßstab für den Wohlstand der Großstädte an, so entsteht ein ganz gewaltiger Unterschied. In Wiesbaden kommen auf den Kopf der Bevölkerung 7,97, in Berlin-Wilmersdorf 7,16 Mark. In Charlottenburg betrug der Satz 6,20 Mark, in Berlin 1,96 Mark, in Neukölln 0,38 Mark, in Lichtenberg 0,40 Mark.

Diese Uebersicht über die Steuerkraft Preußens gerade für das Jahr 1914 wird weit in die Zukunft hinein von bleibendem Wert und Interesse sein. Sie ist ein Zeichen von unserer finanziellen Kriegsstärke, und sie beweist uns, wie gestroft wir auch von diesem Standpunkt aus in die Zukunft schauen dürfen.

## Handbuch.

### Bessere Hinterbliebenenversorgung!

In den letzten Wochen haben Erörterungen zwischen Vertretern des Bundes der Landwirte und des Hansabundes (Kriegszentrale) stattgefunden, die zu gemeinsamer Vorlegung von Gesetzesvorschlägen beim Kriegsministerium zur Versorgung von Kriegshinterbliebenen geführt haben. Man ging dabei von folgenden Erwägungen aus:

Der gewaltige Umfang des jetzigen Krieges hat dazu geführt, daß weit über Erwartung hinaus Hunderttausende verheirateter Reservisten, Landwehrlaute, Landstürmer vor dem Feinde stehen. Viele Tausende von ihnen sind bereits für das Vaterland auf dem Felde der Ehre gefallen. Die Versorgung ihrer Hinterbliebenen regelt das Gesetz vom 17. Mai 1907. Die

Höhe der Bezüge richtet sich nach der letzten militärischen Stellung des Verstorbenen. Danach erhalten:

die Witwe eines gemeinen Soldaten jährlich 400 Mark,  
die Witwe eines Unteroffiziers jährlich 500 Mark,  
die waisen Kinder ja jährlich je 168 Mark.

Diese Bezüge stellen eine Härte gegenüber den Hinterbliebenen solcher Personen dar, die aus gehobener Lebensstellung als Arbeiter, Kaufleute, Handwerker, Landwirte und Angehörige der freien Berufe in das Heer eingetreten sind.

Die Vorschläge der beiden Verbände gehen deshalb von dem Grundgedanken aus, daß es erforderlich ist, zu den Renten des Gesetzes vom 17. Mai 1907 den Hinterbliebenen

### Zufahrtrenten

zu gewähren. Diese Zufahrtrenten sollen auf der Grundlage des letzten Einkommens des Gefallenen mit der Maßgabe bestimmt werden, daß ein angemessener Höchstbetrag für die Gesamtrente einer Familie festgesetzt wird, und daß unter Ausschreibung des fundierten Einkommens nur dasjenige Einkommen berücksichtigt werden soll, das als Arbeitseinkommen des Verstorbenen erscheint. Es soll somit den Zufahrtrenten diejenige Summe zugrunde gelegt werden, um die sich das Gesamteinkommen der Familie durch den Fortfall der Tätigkeit des Ernährers, der im Kriege geblieben ist, vermindert hat.

Durch diese Vorschläge, die unter Berücksichtigung des finanziell-möglichen Aufwandes des Reiches ausgearbeitet worden sind, soll dem Wunsche weitesteter Kreise nach einer besseren staatlichen Fürsorge für die Hinterbliebenen unserer Krieger entsprochen und gleichzeitig erreicht werden, daß durch den Krieg die soziale Lage unseres Volkes nicht wesentlich verschlechtert wird.

Angesichts der Notwendigkeit schleuniger Hilfe steht zu hoffen, daß die zuständigen Behörden die gestellten Anträge gütig aufnehmen und bereits dem im März zusammentretenden Reichstag ein Notgesetz solchen Inhalts vorlegen werden.

### Der Nachweis des Todes von Kriegsteilnehmern

Zur Erlangung der Hinterbliebenenrenten nach der Reichsversicherungsordnung mußte bisher durch ständesamtliche Sterberunde geführt werden. Auf die Anfrage einer Landesversicherungsanstalt hat jetzt das Reichsversicherungsamt durch Bescheid vom 9. Januar d. J. erklärt, daß es, wenn bei Hinterbliebenenrenten-Anträgen von Angehörigen im Kriege gefallener Militärpersonen die Beschaffung der ständesamtlichen Sterbeurkunden zu einer ungewöhnlichen Verzögerung des Rentenfeststellungsverfahrens führen würde, von Aufsichts wegen nichts dagegen erinnern will, wenn vom Vorstand ausnahmsweise auch andere zuverlässige Arten des Nachweises eines Sterbefalles für vorläufig ausreichend erachtet werden. Es ist jedoch darauf zu dringen, daß auch in diesen Fällen die vorgeschriebenen Sterbeurkunden nachträglich beigebracht werden.

### Reichsmittel für den Bau von Kleinwohnungen.

Trotz der infolge des Krieges außerordentlichen Inanspruchnahme der Reichsmittel wird, wie wir aus der „Sozialen Praxis“ erfahren, doch der nächste Reichsetat voraussichtlich wiederum einen Betrag von 4 Millionen Mark zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Arbeiter und Unterbeamte durch Gewährung von Darlehen an gemeinnützige Bauvereine und Private sowie zum Erwerb geeigneten Baugeländes zur Herstellung solcher Wohnungen enthalten. Maßgebend dafür ist außer dem Bedarf an Kleinwohnungen auch die Erwägung, daß die Bereitstellung dieser Mittel die Bautätigkeit fördert und damit der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe entgegenwirkt. Das Bedürfnis nach kleinen Wohnungen für Arbeiter und Unterbeamte hat sich von Jahr zu Jahr gesteigert, so daß die alljährlich vom Reich zur Verfügung gestellten Summen von ursprünglich 2 auf 4 Millionen Mark erhöht werden mußten.

### Die Kartoffelnot in Groß-Berlin.

Der Kartoffelmangel, der zur Zeit in Groß-Berlin sehr drückend empfunden wird, hat verschiedene Gründe. Deutschland hat eine im Durchschnitt mittelmäßige Kartoffelernte gehabt. In der Provinz Brandenburg, die fast alle ihre Kartoffeln an die Reichshauptstadt abgibt, war die Ernte schlecht, hauptsächlich infolge der großen Dürre im August vorigen Jahres. Die märkischen Landwirte, die vorher allen Grund hatten, auf eine reiche Ernte zu hoffen, mußten mit ihren Kartoffeln

### VIII.

#### An der Dife.

Wieder geht es durch große Wälder. Wir sollen jetzt die Uebergänge der 18 Kilometer weiter nördlich liegenden Dife (sprich Dief) und des zugehörigen Difeanals sichern. Es beginnt in Dromen zu regnen. Im nächsten Vorze verlangen wir von zwei Bauern, daß sie sofort ihre Pferde vor die Wagen spannen und unser Gepäd fahren. Sie gehorchen natürlich und schenken uns noch Pfauen dazu. Dann marschieren wir in Eilmärschen nach E., einem Dorfe, das zum kleineren Teile diesseits, zum größeren Teile jenseits der Dife liegt. Als wir ankommen, finden wir die Brücken gesprengt und hören von der Bevölkerung, daß vorgestern englische Soldaten hier, d. h. also in unserem Rücken gewesen sind und alle Brücken zerstört haben. Die Häuser im Dorfe diesseits der Dife haben alle nur zerstörte Dächer. Der Ausdruck der Sprengung hat die Dächer meist abgehoben. Es ist schon Abend. Wir müssen die Nacht hier abwarten und quartieren uns in einem Tanzsaal ein, den wir mit reichlich Stroh „verweiden“.

Am folgenden Mittag ziehen wir zunächst an den gesprengten Brücken auf Wache, dann heißt es weiter. Die Kompagnie macht mit der Bagage einen Umweg und entdeckt noch eine unversehrte Brücke. Wir als Wache fahren mit Rähnen über die Lise und sehen unsere Arbeit (Wache) am Difeanal fort.

Das gab eine schwere Nacht. Es regnete Windstößen und der Sturm heulte wie am jüngsten Tage. Unser Quartier war ein Geräteschuppen. Der eijige Wind setzte von allen Seiten herein. Man verregnete und froh auf Posten und froh beim Schlaf. Dazu die Aussicht, in jeder Minute vom Feinde überholt zu werden. Die Ohren haben wir gespitzt wie die Fingergläsche. Aber eines war gut, es gab wieder etwas zu essen: französisches Weißbrot, warme Milch, guter Rotwein, sogar Cateß und ein ganzes Ei pro Kopf hatten wir, teils gegen Geld, teils gegen Gutscheine gekauft. Das war eine herrliche Mahlzeit.

Die Nacht verging in Frieden, was wir wohl mehr dem kläuterhaften Wetter als der Friedfertigkeit der französischen Armee zu danken hatten. Wieder begannen wir uns auf ein

längeres Verbleiben einzurichten und begannen vor allem Mittagessen zu kochen. Aber wieder kam es anders. Das Essen war halb fertig, da kam der Befehl: „Sofort abmarschieren! Sie treffen die Brigade am Wege südlich von Hoyon.“ Und nun begann die Hungerzeit. Jeder von uns hatte noch für eine Mahlzeit Brot imbeutel. Das hat für fünf Tage fast allein ausreichen müssen.

#### Nachtwandeln im Walde.

Aber nun ging es wieder vorwärts. Die Tage des Zurückziehens waren beendet. In langen Zickzackmärschen geht es wieder nach Süden. Im Weg und Steg sind die Spuren heißer Vorkampfkämpfe aus den jüngsten Tagen zu sehen. Als die Sonne untergeht, stehen wir wieder vor einem großen Walde. Wir lagern dort, bis sich die Schatten der Nacht senken. Dann hören wir den Befehl: der Feind soll im Walde aufgesucht und in der Nacht vertrieben werden. Das war eine romantische Nacht. Der Himmel voller Sterne, da steht der Polarstern, dort der große Bär, da die Weha usw. So wie heute standet ihr vor Jahrtausenden da oben. Was habt ihr nicht schon alles gesehen? Um nur von den zwei jüngsten Jahrtausenden zu reden: ihr jahet hier die Römer, jahet die Völkerwanderung, die Kreuzzüge, jahet niemals des Rheins den dreißigjährigen Krieg, jahet hier die Schreden der französischen Revolution, jahet die deutschen Heere 1870 hier. Wie muß euch dies Toben der Erdmenschchen gegen einander vorkommen! Und das alles leuchtet jetzt durch einen wunderbaren aber nachdüstern Wald. Ich sehe meinen Vordermann nicht mehr, den langen Hügelmann unserer Kompagnie. Nur selten sehe ich von seiner Helmtappe einen ganz dünnen Schatten. Und das ist mein Leitstern hier. So marschieret alles blind darauf los und keinen Laut geben wir von uns. Am Südhimmel glänzt der Lichtschein des 70—75 Kilometer entfernten Paris.

Da und dort wird geschossen, wahrscheinlich feindliche Vorposten. So sind wir von 9 bis 1/2 Uhr durch diesen Wald gelaufen. Wer da geführt hat, muß jeden Weg und Steg gekannt haben. Einen Feind finden wir nicht. Nun sollen wir uns zum Schlafen hinlegen. Man zieht den Mantel an. Nach zwei Minuten beginnt das Sägen schon. Welch wundervolles Himmels-

geschenk ist ein schneller, fester Schlaf! Der da neben mir schnarcht, träumt gewiß schon von seiner Heimat. Ich blide lange in den Laternechein von Paris am Südhimmel. Langsam ziehen Wolken heran. Regentropfen fallen, eins, zwei, drei, zehn, hundert, sie werden unzählige. Hier lagen wir bis 1/2 Uhr früh und die meisten schliefen auch so lange. Just um 1/2 Uhr erhebt sich hinter mir der Hauptmann einer andern Kompagnie. Er hat die ganze Nacht hier auf dem Wege gelegen und geschnarcht. O glückliche Stadt, die solchen verdunkelten Bürgermeister hat. Ich esse mein letztes Stück Brot als Morgenimbiß.  
(Fortsetzung folgt.)

## Ein Gebet!

Meinen lieben, lieben Knaben

— Seine Wang noch so zart,

Noch so flaumig sein Bart —

Auch ihn müssen sie haben!

Ach, das ist hart!

Ich möcht am liebsten weinen,

So ist das Herz mir schwer!

Hab keinen andern, keinen,

Als nur diesen Einen!

Und den geb ich her.

Geb ihn her, muß ihn geben,

Läß von dannen ihn gehn,

Als wär's zum Spiel nur eben,

Und ist vielteufelst für's Leben,

Auf Niewiedersehn.

Nicht oft hab ich verschlungen

Zum Beten die Hand . . .

Jetzt hat es mich bezwungen

Ich bet — für meinen Jungen —

„Herr, führ's zu gutem End!“

H. De Nora.



haushalten, sie konnten kaum ein Drittel von dem abgeben, was sie in früheren Jahren lieferten. Im übrigen Deutschland setzte eine aufsteigende Preisbewegung für die Kartoffeln ein, herbeigeführt durch die großen Antäufel der Armeeverwaltung, Gemeinden und Großhändler. Die Landwirte sahen natürlich auch auf ihren Vorteil und versuchten zu verdienen, was sich verdienen ließ. Größere Mengen wurden zurückgehalten, um höhere Preise zu erzielen. Hauptsächlich die geringen Sorten wurden wenig begeben, damit sie im Notfall den Landwirten als Viehfutter dienen könnten.

Der vorausgesehene Futtermangel ist denn auch eingetreten, Hafer, Mais usw. sind derart im Preis gestiegen, daß eine Verfüllung an das Vieh unmöglich geworden ist. Ersatz mußte die Kartoffel bieten. Dadurch blieben die billigeren Sorten auf dem Markte fest. 25 Millionen Schweine und die Klassen der anderen Zweifüßer rissen große Lücken in die Kartoffelvorräte. Was sie mehr als sonst verzehrten, ging für den menschlichen Gebrauch verloren. Die großen Käufe der Militärverwaltung stören weiterhin den regelten Markt. Nicht nur für die Soldaten werden große Mengen von Kartoffeln gebraucht, sondern auch für die 600 000 Gefangenen. Die Städte haben, wie bereits erwähnt, große Vorräte gekauft, haben aber, wie zum Beispiel Berlin, nur den Großhändlern in die Hände gearbeitet. Diese ließen durch Beauftragte aus den Märkten die städtischen Kartoffeln billig aufkaufen und verdienen, ohne Spesen zu haben, hohe Summen.

Die Städte, deren Bedarf an Kartoffeln nach wie vor sehr groß ist, leiden unter den durch die Truppenbewegungen verursachten Eisenbahnstörungen, die auswärts bestellten Kartoffeln können nicht so schnell geliefert werden, wie sie dringend gebraucht werden. Auch das Frostwetter der letzten Tage ließ Transporte nicht zu, da die Kartoffeln gegen Frost sehr empfindlich sind. Große Völkern Kartoffeln gebrauchen die Kartoffelmehlfabrikanten und die Bäcker. Das Kartoffelmehl, das sich leichter verbacken läßt als frische Kartoffeln, kann vorläufig nicht in genügenden Mengen hergestellt werden, da die Kartoffeln fehlen, die Bäcker müssen sich demnach vielfach mit frischen Kartoffeln behelfen.

Viele Gemeinden Groß-Berlins haben inzwischen große Mittel aufgeboden, um die angekauften Kartoffeln hereinzubekommen. Schöneberg erhält in den nächsten Tagen 5000 Zentner, auch Berlin hat für seine Transporte freie Eisenbahnfahrt erwirkt, so daß die gegenwärtig starke Nachfrage nach Kartoffeln in Groß-Berlin wieder befriedigt werden kann.

### Der „Segen“ der Arbeitgeber-Arbeitsnachweise.

In einigen Tageszeitungen finden wir einen „Originalartikel“ mit der Überschrift: „Die Sozialpolitische Stimmung der deutschen Arbeitgeber“, der wohl als Wäschjettel dem Büro eines Arbeitgeberverbandes entstammt. In demselben wird das Hohelied auf die Arbeitgeber-Arbeitsnachweise gesungen, die angeblich durch die Herausgabe ihrer Salangenlisten Angebot und Nachfrage an Arbeitskräften im ganzen deutschen Reich während des Krieges geregelt hätten. Schon in Friedenszeiten hätten sich diese Arbeitsnachweise als eine der segensreichsten wirtschaftlichen Organisationen gezeigt, die im Kriege sich als wichtige Faktoren der Arbeitsvermittlung bewährt hätten. Dann heißt es:

„Es wäre deshalb dringend zu wünschen, daß immer mehr Arbeitgebernachweise gegründet würden. Der Krieg hat erwiesen, daß die Arbeitgebernachweise wahrhaft sozialpolitische Einrichtungen sind. Es ist gewiß noch unvergessen, wie, als die ersten Arbeitgebernachweise ins Leben traten, diese Einrichtungen von der Mehrzahl der Arbeitnehmer-Vertretungen begrüßt und beurteilt wurden. Es erscheint deshalb gerade jetzt geboten, in der Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß die Arbeitgebernachweise auch in Kriegszeiten den in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht hochbedeutenden Aufgaben, die sie sich gestellt haben, in vollem Umfange gewachsen sind. Dies ausdrücklich festzustellen ist geradezu

eine Ehrenpflicht in Ansehung der abfälligen Kritik, mit der so oft in Wort und Schrift die segensreiche Tätigkeit der neugegründeten Arbeitgebernachweise zu erschweren versucht wurde.“

Das heißt man in der Tat die Dinge auf den Kopf stellen. Was mögen das für Arbeitnehmervertretungen gewesen sein, die die Gründung von Arbeitgeber-Arbeitsnachweisen begrüßt haben? Wenn es der Fall war, so können es neben Gelben nur Arbeiterkreise sein, die von der Wirkung eines Arbeitgeber-Arbeitsnachweises keine Ahnung haben. Die Arbeitsnachweise müssen, wenn sie ihre Aufgabe, Arbeit zu vermitteln, erfüllen sollen, paritätisch eingerichtet sein, d. h. in der Verwaltung müssen Arbeitgeber und Arbeiter zu gleichen Teilen vertreten sein. Die Arbeitgeber-Arbeitsnachweise betreiben dieses Geschäft aber nur nebenbei. Ihre Hauptaufgabe erblickten sie vor dem Kriege in der Anlegung und Fortführung von schwarzen Listen. Oft genug ist die Arbeiterpresse in der Lage gewesen, solche Veröffentlichungen zu können. Und auch heute kann

von diesen Arbeitsnachweisen noch nichts anderes gesagt werden. Selbst während dem Kriege sind diese schwarzen Listen noch nicht ganz beseitigt. Wiederholt haben wir schon darauf hingewiesen, z. B. daß der Zechenarbeitsnachweis im Ruhrbezirk für die Bergarbeiter im Ruhrbezirk absolut zwecklos ist, da die ihre Arbeitsstätte wechselnden Arbeiter doch erst nach der Zeche müssen, auf der sie Arbeit anzunehmen gedenken. Den Weg zum Arbeitsnachweis haben sie dann obendrein zu machen, damit der Wechsel entsprechend registriert werden kann. (Der Bergarbeiter.)

### Liebkecht 1910 und 1914.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg rief Dr. Karl Liebkecht 1910, als der Jar friedlich zur Kur mit seiner Familie sich in Deutschland aufhielt, in flammender Empörung mit dem starken Stimmenauftrag, der ihm eigen ist:

„Wir sprechen die Aufforderung an das gesamte deutsche Volk aus, daß seine Empörung so wachsen möge, daß dieser fluchbeladene Mann hinausgetrieben, hinausgepeitscht werde aus unserem Lande, so daß ihm für alle Zeit die Luft vergeht, den deutschen Boden ferner zu betreten.“

Die sozialdemokratische Chemnitzer „Volkstimme“ erinnert jetzt an diesen „flammenden Aufruf zum Kampf gegen den Zariismus“. Das Blatt bemerkt dazu:

„Das deutsche Volk ist eben dabei, den Jaren aus unserem Lande hinauszupressen, daß ihm für immer die Luft vergeht, den deutschen Boden ferner zu betreten. Leider erfreut es sich dabei nicht der Unterstützung von — — — Karl Liebkecht.“

Diese Bemerkung des sozialdemokratischen Blattes gegen den eigenen Parteigenossen ist bitter. Aber es ist nun einmal unumstößliche Tatsache, daß Herr Liebkecht gegen die Mittel gestimmt hat, die das deutsche Volk in den Stand setzen sollten, Deutschland vor der Unterjochung unter das russische Knechtentum zu schützen. Wären alle Mitglieder des Reichstages so wie Liebkecht, und wäre das deutsche Heer hilflos der russischen „Dampfwalze“ überantwortet worden, so ständen die Russen längst in Berlin und Herr Liebkecht selbst und etliche andere Genossen würden als Sozialisten vielfach in den sibirischen Bergwerken die eiserne Kugel am linken Bein schleppen.

### □ □ □ Aus den Ortsvereinen. □ □ □

Der Ortsverband der Gewerkschaften im Riesengebirge hielt eine Verbandsversammlung ab, der eine Delegiertenversammlung vorausging. Anwesend waren die Delegierten der 5 Ortsvereine von Hirschberg, 1 von Cunnersdorf, 3 von Warmbrunn, 2 von Schmiedeberg, 1 von Berthelsdorf, nicht vertreten waren die Ortsvereine Merzdorf und Petersdorf. Das Protokoll der letzteren im Oktober zu Schmiedeberg abgehaltenen Verbandsversammlung wurde genehmigt. Nach den Berichten der anwesenden Ortsvereinsvertreter sind im Verbandsbereich 150 Mitglieder einberufen, von denen 4 gefallen sind. Was die Arbeitsverhältnisse anbetrifft, herrscht hier noch keine Arbeitsnot bei teilweiser Militärarbeit, leider aber gelegentlich Neigung zu Lohnrückerei. Doch hofft man auf gütige Erledigung durch die Behörden, die für Lieferungen angemessene

Preise bewilligen. Bei der sich anschließenden Ortsverbandsversammlung, die gut besucht war, gab der Vorsitzende Großer den Tätigkeitsbericht für 1914. Dem Ortsverbande gehören in 14 Ortsvereinen rund 450 Mitglieder an. Das Verbandsvermögen beträgt 288 M. Als Verbandskassierer wurde Hausbesitzer Walde-Cunnersdorf, als Schriftführer Menzel-Hirschberg gewählt. Den Ortsvereinen Schmiedeberg und Warmbrunn wurde auf Anfrage geraten, sich wegen Kriegsfamilienunterstützung an die Hauptvorstände zu wenden.

### Literarisches.

#### Sven Hedins Kriegsbuch.

Sven Hedin „Ein Volk in Waffen“. 192 Seiten, 32 Abbildungen (26 Photographien, 6 Zeichnungen). Feldpostausgabe 1 M. Leipzig, F. A. Brockhaus.

Der berühmte Forscher schildert darin „die größten Einbrüche seines Lebens“, wie er sie an der deutschen Westfront, als Gast im Hauptquartier des Kaisers, auf den blutgetränkten Schlachtfeldern, in den Schützengräben und Bivouacs, in den von unsern Feldgrauen besetzten Gebieten Belgiens und Frankreichs im September und Oktober vorigen Jahres erlebt hat. Dieses Buch Hedins ist ein Hohes Lied auf den deutschen Idealismus, auf deutsche Tapferkeit und Menschlichkeit, auf deutsche Tatkraft und deutsche Ueberlegenheit — zugleich eine Jubelouvertüre zum Sieg unserer gerechten Sache, von dem kein Deutscher felsenfester überzeugt sein kann als dieser Schwede. Es ist den deutschen Soldaten gewidmet, es soll sie erfreuen und erheben, es soll ihnen ins Feld gesandt werden und in Ruhepausen des Kampfes, selbst in den Schützengräben bei jedem unserer Helden die Flamme patriotischer Begeisterung immer aufs neue entfachen. Es soll von jedem Angehörigen eines deutschen Kriegers gelesen werden und ihn stolz machen auf die unvergleichlichen Leistungen unseres Heeres.

Den Reichtum an Kriegsbildern, den Hedin in diesem Buch an unseren Augen vorübergehen läßt, bezeichnet folgende Auswahl der 51 Kapitelüberschriften: Kriegsbilder auf der Fahrt — Im Hauptquartier — Der Kaiser — Beim Kronprinzen — Im Schrapnellfeuer — Die „Brummer“ bei Gellisfontaine — Sturm auf Varennes — Das Feldlazarett in der Kirche von Romagne — Ein Brief an den Kaiser — Die Eisenbahn im Kriege — „Barbarische“ Justiz — Der Krieg in der Luft — Deutsches Sanitätswesen im Felde — Die Feldtelephonstation — Am Scherenfernrohr — Feldgottesdienst — „Vandalismus“ — Antwerpen einen Tag nach seinem Fall — Löwen — Das Bombardement von Ostende — An der Front bei Lille — Im Schützengraben — Allerseelen — Kronprinz Rupprecht von Bayern — Tommy Atkins in Gefangenschaft — Die englische Lüge, usw. Hedins „Ein Volk in Waffen“ ist aber nicht nur die politische Tat eines tapfern „Neutralen“, bestimmt, die ausländischen, besonders englischen Ueberzeugungen in die Luft zu sprengen, sondern auch ein literarisches Meisterwerk, in dem sich der Schriftsteller Hedin selbst übertröffen hat. Aus diesen Gründen und bei dem billigen Preise können wir, das 192 Seiten starke, mit 32 Illustrationen, Photographien und eigenen Zeichnungen, geschmückte Buch unsern Lesern gar nicht dringend genug empfehlen.

### Zur gefälligen Kenntnisnahme!

Für die auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen haben wir in unserem Organ eine ständige Ehrentafel eingerichtet. Wir beabsichtigen in Zukunft auch regelmäßig darüber Mitteilung zu machen, wenn Kollegen von uns für besondere Auszeichnungen das eiserne Kreuz erhalten haben oder sonst in einer anderen Weise ausgezeichnet wurden. Wir bitten die Vereinsmitglieder dringend, uns die entsprechenden Mitteilungen regelmäßig zugehen zu lassen. Fürs erste möge auch über solche Fälle berichtet werden, welche schon zurückliegen. Wir glauben es unseren für die Existenz des deutschen Vaterlandes kämpfenden Kollegen schuldig zu sein, wenn wir fortlaufend deren gedanken, die in dem schweren Kampfe ihr Leben lassen oder die infolge des Einsatzes ihres Lebens dekoriert oder ausgezeichnet wurden. Für die Benachrichtigung genügt eine Postkarte.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt die graue statistische Karte bei, um deren genauer Ausfüllung und pünktlicher Einsendung dringend gebeten wird.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 8. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig.

### Ehrentafel

für die im Kriege gefallenen oder an ihren Verwundungen erlegenen Kollegen des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

- Reinhold Donow, Mitglied des Ortsvereins Stolp i. P., 33 Jahre alt, am 6. Oktober 1914 bei Bakalarschewo gefallen.
- Richard Spiller, Mitglied vom Ortsverein Striegau, 22 Jahre alt, am 20. August in Frankreich gefallen.
- Friedrich Glawe, Mitglied vom Ortsverein Greifswald in Pommern, 38 Jahre alt, am 27. Dezember im Osten gefallen.

#### Ritter des Eisernen Kreuzes.

Das Eiserne Kreuz hat erhalten der Kollege Hermann Fehrmann vom Ortsverein Bromberg.

### Anzeigen.

Für den Inserententext ist die Redaktion des Blattes gegenüber nicht verantwortlich.

### Medizinal-Verband Berlin u. Vororte.

#### General-Versammlung

am 29. Februar 1915, vormittags 9 1/2 Uhr,  
Greifswalder Straße 222.

Tagungsordnung: 1. Kassen- und Revisionsbericht, 2. Geschäftliches.

### Kollegen und Kolleginnen!

Besteht die Kasse unserer Zuschußkassensache und Steuerkasse des Gewerkschaftsvereins.

Das Hauptbüro:  
Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 222.

### Die Deutschen Gewerkschaften im Dienste des öffentlichen Lebens

von F. Varnholt.

Vorzüglich zur Agitation geeignet und den Ortsvereinen zum Vertrieb an die Mitglieder angelegentlich empfohlen. Um den Verkauf zu fördern und für die Ortsvereine lohnend zu gestalten, haben wir den Preis wie folgt festgesetzt:

1 Stück	0.10 M
25	2.00
50	3.50
100	6.00

Die Broschüre soll nicht bloß an unsere Mitglieder, sondern auch an die Mitglieder der anderen Gewerkschaften und an sonstige Arbeiter verkauft werden. Bestellungen sind an das Hauptbüro, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23, zu richten. Die Zusendung der Broschüre erfolgt portofrei gegen Voreinsendung des Betrages.

### Für jeden strebsamen Gewerkschaftler

sind folgende Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandstage gehaltenen Vorträge, für die Werbearbeit unentgeltlich:

- Tätigkeitsbericht für die Jahre 1910 bis 1912, erstattet vom Verbandsvorsitzenden K. Goldschmidt;
- Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Großindustrie, von W. Gleichauf;
- Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweise, von M. Schumacher.

Das Stück kostet 10 Pf., 10 Stück 80 Pf., 20 Stück 1.50 M und 50 Stück 3.75 M bei portofreier Zusendung. Die Bestellung ist unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalder Straße 221/23, zu richten.